

a) Öffentlicher Auftraggeber (Vergabestelle)

Name [GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH](#)
 Straße [Planckstraße 1](#)
 PLZ, Ort [64291 Darmstadt](#)
 Telefon _____ Fax _____
 E-Mail baueinkauf@gsi.de Internet <http://www.gsi.de>

b) Vergabeverfahren Öffentliche Ausschreibung, VOB/A

Vergabenummer [63/2600042435](#)

c) Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren und zur Ver- und Entschlüsselung der Unterlagen

Zugelassene Angebotsabgabe:

- ☒ elektronisch
 [in Textform](#)
 [Bekanntmachungs-ID: CXS0YYEDYHK948MC](#)
☐ schriftlich

d) Art des Auftrags

- ☒ Ausführung von Bauleistungen
☐ Planung u. Ausführung von Bauleistungen
☐ Bauleistungen durch Dritte (Mietkauf, Investor, Leasing, Konzession)

e) Ort der Ausführung

[GSI Helmholtzzentrum für Schwerionenforschung GmbH](#)
[Planckstraße 1](#)
[64291 Darmstadt](#)

f) Art und Umfang der Leistung, ggf. aufgeteilt nach Losen

Art der Leistung: [Demontage Kabel - Leitungen HKR](#)
 Umfang der Leistung: [Demontage und Entsorgung von Kabel und elektrischen Leitungen.
 detaillierte Beschreibung Siehe Leistungsverzeichnis](#)

g) Angabe über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden

Zweck der baulichen
 Anlage
 Zweck des Auftrags

h) Aufteilung in Lose (Art und Umfang der Lose siehe Buchstabe f)

- ☒ nein
☐ ja, Angebote sind möglich ☐ nur für ein Los
 ☐ für ein oder mehrere Lose
 ☐ nur für alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)
☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann
 Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung
 Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

i) Ausführungsfristen

- ☐ Beginn der Ausführung:
- ☒ Fertigstellung oder Dauer der Leistungen: **3 Monate ab Auftragsvergabe**
- ☐ weitere Fristen

j) Nebenangebote

- ☐ zugelassen
- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zugelassen
- ☒ nicht zugelassen

k) mehrere Hauptangebote

- ☐ zugelassen
- ☒ nicht zugelassen

l) Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Vergabeunterlagen werden nur elektronisch zur Verfügung gestellt.

Online-Plattform

"DTVP"

(<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEDYHK948MC/documents>)

Maßnahmen zum Schutz vertraulicher Informationen:

- ☐ Abgabe Verschwiegenheitserklärung
- ☐ andere Maßnahme:

Der Zugang wird gewährt, sobald die Erfüllung der Maßnahmen belegt ist.

Nachforderung

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit Angebotsabgabe gefordert war, werden

- ☒ nachgefordert
- ☐ teilweise nachgefordert und zwar folgende Unterlagen:
- ☐ nicht nachgefordert

Auskunftserteilung über Vergabeunterlagen **17.11.2026**
und Anschreiben bis

o) Ablauf der Angebotsfrist **am 18.11.2026 um 12:00 Uhr**

Ablauf der Bindefrist: **am 17.02.2027**

p) Adresse für elektronische Angebote

"DTVP" (<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEDYHK948MC>)

Anschrift für schriftliche Angebote

q) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen: **Deutsch;****r) Zuschlagskriterien** **Niedrigster Preis**

- s) **Eröffnungstermin** am 18.11.2026 um 13:00 Uhr
Ort Vergabestelle der GSI

Personen, die bei der Eröffnung anwesend sein dürfen 2 Mitarbeiter(innen) des Einkaufs

- t) **geforderte Sicherheiten** Siehe Vergabeunterlagen

- u) **Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind** Siehe Vergabeunterlagen

- v) **Rechtsform der / Anforderung an Bietergemeinschaften**

- w) **Beurteilung zur Eignung**

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis). Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt „Eigenerklärung zur Eignung“ vorzulegen. Bei Einsatz von Nachunternehmen sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben. Sind die Nachunternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der Nachunternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Das Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" ist erhältlich

Online auf "DTVP" (<https://satellite.dtv.de/Satellite/notice/CXS0YYEDYHK948MC/documents>)
 oder
 Vergabestelle, siehe a)

Darüber hinaus hat der Bieter zum Nachweis seiner Fachkunde folgende Angaben gemäß § 6a Abs. 3 VOB/A zu machen:

Mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen

Persönliche Lage der Wirtschaftsteilnehmer

- 10_Nachweis der Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit (§6 VOB/A) (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Der Bieter hat mit seinem Angebot zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit eine direkt abrufbare Eintragung in die allgemein zugängliche Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) nachzuweisen, § 6 Abs. 3 Nr. 2 VOB/A. Der Nachweis der Eignung kann auch durch Eigenerklärungen gem. Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur

Eignung) erbracht werden.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

- 01_Unternehmensdarstellung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Mit der Angabe der auf dem GSI Formblatt abgefragten Daten, u.a. Anzahl der Mitarbeiter in den letzten drei Jahren, sowie Angaben zu 3 ausgewählten, vergleichbaren Referenzen (einschl. Vorlage Referenzbescheinigung des Referenzgebers).

- 02_Eigenerklärung MiLoG (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Erklärung gemäß § 19 Abs. 3 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (Mindestlohngesetz - MiLoG).

- 03_Eignung durch Präqualifikation nachgewiesen oder gem. Formblatt VVB124 (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Die Eignung wird durch Präqualifikation nachgewiesen oder gem. den auf Formblatt VVB124 geforderten Unterlagen; gem. Formblatt VVB124 haben nicht präqualifizierte Bieter nach Aufforderung innerhalb von 6 KT die geforderten Unterlagen bei der Vergabestelle einzureichen, insbesondere:

- Vorlage Gewerbeanmeldung
- Vorlage Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- Vorlage Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse
- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen
- Freistellungsbescheinigung nach §48b EStG
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft

- 04_Nachweis Betriebs-/Berufshaftpflichtversicherung (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Es ist ein Nachweis über eine Betriebs- bzw. Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen mit folgenden Deckungssummen:

- für Sach- und sonstige Schäden in Höhe von 3,0 Mio EUR pro Schadensfall
- für Personenschäden in Höhe von 3,0 Mio EUR pro Schadensfall

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

- 05_Beschreibung von Referenzprojekten (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Beschreibung von drei vergleichbaren Referenzprojekten, mit Angabe der in dem GSI-Formblatt abgefragten Daten.

Die Referenzen müssen in Bezug auf Ausführungs-Technik und Volumen mit der hier ausgeschriebenen Leistung vergleichbar sein.

Allen Referenzen sind Bescheinigungen der Referenzgeber über die ordnungsgemäße Ausführung beizulegen.

Werden Referenzen von Nachunternehmern abgegeben, so ist von dem jeweils referenzgebenden Nachunternehmer dem Angebot eine Verfügbarkeitserklärung (Formblatt Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen) beizufügen.

HINWEIS: Diese 3 vergleichbaren Referenzen sind auch von präqualifizierten Unternehmen einzureichen.

- 06_Nachweise Nachunternehmer (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Jeder beabsichtigte einzusetzende Nachunternehmer ist mit Angebotsabgabe namentlich einschließlich der Adressdaten zu benennen.

Nachunternehmer müssen präqualifiziert sein, oder Ihre Eignung zur Zuverlässigkeit gem. Formblatt VVB-124 nachweisen.

Bedient sich ein Bieter im Rahmen der Eignungsleihe eines Nachunternehmers, dann ist der die Eignungsleihe betreffende Nachweis jeweils nur von dem Nachunternehmer vorzulegen.

Der Bieter hat dann den Nachweis zu führen, dass das für die Eignungsleihe eingesetzte Unternehmen für die Ausführung zur Verfügung steht (Abgabe des Formblattes Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen).

- 07_Geforderte Qualifikation Mitarbeiter: Nachweise zur Qualifikation und Berufserfahrung der zur Ausführung der Leistung eingesetzten Mitarbeiter sind dem Angebot beizufügen. Die zur Ausführung eingesetzten Arbeiter/ Mitarbeiter müssen mind. eine Berufsabschlussprüfung zu dem ausgeschriebenen Gewerk nachweisen. Baustellenleiter od. Vorarbeiter müssen höherwertigere Qualifikationen nachweisen (wie z. B. Polierprüfung, Meister, Techniker, etc.).

- 08_weiterführende Anforderungen an das Personal (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Folgende Mitarbeiter Qualifikationen sind nachzuweisen:

mind. 1 Person:

Elektrofachkraft (EFK): Nachweis einer abgeschlossenen Ausbildung im Bereich Elektrotechnik (z. B. Elektroniker für Betriebstechnik, Elektroinstallateur) für alle Kernarbeiten.

mind. 2 Personen:

EuP (Elektrotechnisch unterwiesenes Person)

mind. 1 Person:

Nachweis über Schulungen für Arbeiten in der Nähe unter Spannung stehender Teile (Anwendungsbereich DIN VDE 0105-100).

mind. 1 Person:

Befähigungsnachweise für das Bedienen von Hubarbeitsbühnen (IPAF), Kranen oder Gabelstaplern.

mind. 2 Personen:

Ersthelfer-Ausbildung (inklusive spezifischer Schulung für Stromunfälle/Reanimation).

Sonstige Unterlagen

- 09_Nachweise bezüglich Zulassungen und Qualifikationen (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Vorlage der für die ausgeschriebenen Arbeiten erforderlichen Zulassungen und Qualifikationen des Unternehmens und der Mitarbeiter:
 - Fachkundenachweis im Sinne §§58-60 Kreislaufwirtschaftsgesetz
 - Sachkundenachweis für Arbeits- und Gesundheitsschutz bei Arbeiten mit Gefahrstoffen DGUV-R 101-004 oder BGR 128

- 11_Nachforderung von Unterlagen / Aufklärungen (mittels Eigenerklärung vorzulegen): Die Vergabestelle behält sich vor, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Eignungsunterlagen gemäß den Bestimmungen der VOB/A einmalig nachzufordern. Ein Anspruch der Bieter auf eine Nachforderung besteht jedoch nicht. Die Entscheidung über eine Nachforderung liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Vergabestelle.

Die Vergabestelle behält sich ferner vor, im Rahmen der Angebotsprüfung Aufklärungen zum Inhalt des Angebots oder zu den eingereichten Unterlagen zu verlangen, soweit dies nach den Bestimmungen der VOB/A zulässig ist. Ein Anspruch der Bieter auf die Durchführung eines Aufklärungsgesprächs oder die Möglichkeit zur Erläuterung ihres Angebots besteht nicht. Die Aufklärung dient ausschließlich der Beseitigung von Unklarheiten und berechtigt insbesondere nicht zur nachträglichen Änderung, Ergänzung oder Verbesserung des Angebots, soweit dies vergaberechtlich unzulässig ist.

Bieter sind daher verpflichtet, ihrem Angebot sämtliche geforderten Eignungsunterlagen vollständig und fristgerecht beizufügen sowie das Angebot vollständig, eindeutig und widerspruchsfrei einzureichen. Werden geforderte Unterlagen nicht oder nicht vollständig

eingereicht und macht die Vergabestelle von der Möglichkeit der Nachforderung keinen Gebrauch oder werden die nachgeforderten Unterlagen nicht fristgerecht vorgelegt, kann das Angebot von der Wertung ausgeschlossen werden. Gleiches gilt, wenn im Rahmen einer zulässigen Aufklärung bestehende Unklarheiten nicht ausgeräumt werden können oder vergaberechtlich unzulässige Änderungen am Angebot erforderlich wären.

Auf Anforderung der Vergabestelle vorzulegende Unterlagen

Bedingung an die Auftragsausführung

- **12_Vorlage Urkalkulation:** Auf Verlangen der Vergabestelle ist nach Submission vor Zuschlagserteilung eine vollständige und ausführliche Urkalkulation unverzüglich einzureichen.
Die Urkalkulation muss mind. folgende Angaben enthalten:
- Positionsweise Darstellung aller Einzelkosten der Teilleistungen (Lohn, Material, Geräte, Nachunternehmer, Sonstiges) mit Zeitansätzen, Verbrauchsmengen, Einkaufspreisen, Gerätekenwerten, positionsweise Angaben zum geplanten Mitarbeitereinsatz
- Ausweis der darauf bezogenen Zuschläge/Umlagen (BGK, AGK, Wagnis, Gewinn) sowie Summenblätter mit Gesamtstunden und Zuschlagssummen
- Nachlässe und weitere Zuschläge (Rabatte, Skonto, usw.), soweit sie in die Einheitspreise eingerechnet wurden.

Die Urkalkulation muss vom Bieter zur Öffnung durch den Auftraggeber (GSI) freigegeben werden und darf nicht mit einem Sperrvermerk oder Siegel oder Passwort versehen werden. Sollten Unstimmigkeiten zwischen der Urkalkulation und den mit dem Angebot einzureichenden Preis-Formblättern festgestellt werden, sind diese aufzuklären. Sofern Unstimmigkeiten nicht plausibel aufgeklärt werden können, wird das Angebot ausgeschlossen.

Angeforderte Urkalkulationen von nicht erfolgreichen Bietern, werden nach endgültiger Vergabe-Entscheidung in wieder verschlossenem Umschlag an die Bieter zurück gesendet , oder vernichtet.

- **13_sonstige Nachweise:** Geprüfte Werkzeuge und PSA:
Nachweis über die regelmäßige Prüfung von isolierten Werkzeugen und der Persönlichen Schutzausrüstung gegen die Risiken von Störlichtbögen (PSA gS) gemäß DGUV Vorschrift 3.

Bereitstellung von normgerechten Spannungsprüfern (zweipolig, passend zur jeweiligen Spannungsebene) mit gültigem Prüfsiegel.

Equipment zur Absicherung: Vorhalten von Materialien zur Umsetzung der 5 Sicherheitsregeln

Angaben und Formalitäten, Wir behalten uns vor, zum Zwecke einer Kreditprüfung, Bonitätsdaten die erforderlich sind, um die einzuholen.

Einhaltung der Auflagen
zur wirtschaftlichen
und finanziellen
Leistungsfähigkeit zu
überprüfen

x) Nachprüfung behaupteter Verstöße

Nachprüfungsstelle (§ 21 VOB/A)

Name

Straße
PLZ, Ort
Telefon
E-Mail

Fax
Internet

Sonstige Informationen für Bieter/Bewerber

Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform DTVP.
Sämtliche Vergabeunterlagen werden auf dem DTVP zum Download bereit gestellt.

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen.

Es ist ausschließlich die elektronische Angebotsabgabe zugelassen.

Allgemeine Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil.

HINWEIS zur elektronischen Rechnungsstellung: Akzeptiert wird das X-Rechnungsformat mit zusätzlicher Übersendung der Rechnung als -pdf-Datei

Es ist ein vollständig bepreistes Angebot in einer unveränderlichen PDF-Version und zusätzlich nach Möglichkeit eine GAEB-Format Version des Angebotes mit hoch zu laden.

Zuständige Stelle für Rechtsbehelfe, sonstige Hinweise

Ein Vergabenachprüfungsverfahren steht für Vergaben unterhalb der Schwellenwerte nicht zur Verfügung, lediglich der allgemeine gerichtliche Rechtsschutz durch einen Eilantrag oder eine Klage.
Das zuständige Zivilgericht ist - je nach Streitwert

§ 3 ZPO - das folgende:

Amtsgericht Darmstadt Mathildenplatz 12

64283 Darmstadt

Postanschrift:

Postfach 11 09 51

64224 Darmstadt

Tel.: 06151/9920

Fax: 06151/9925050

E-Mail: redaktion@ag-darmstadt.jus-tiz.hessen.de

Internet: <http://www.ag-darm-stadt.justiz.hessen.de>

Landgericht Darmstadt Mathildenplatz 13/15

64283 Darmstadt

Postanschrift:

64278 Darmstadt

Tel.: 06151/121

Fax: 06151/125917

E-Mail: verwaltung@lg-darmstadt.jus-tiz.hessen.de

Internet: <http://www.ag-darm-stadt.justiz.hessen.de>

Auch wenn die formelle Rügepflicht nach § 107 GWB nur für Verfahren oberhalb der Schwellenwerte gilt, sind die Bewerber bzw. Bieter aufgefordert, sich wegen aus ihrer Sicht bestehender Verstöße

gegen die vergaberechtlichen Grundsätze von Wettbewerb, Transparenz und Gleichbehandlung vor
Einleitung gerichtlicher Verfahren an die GSI zu wenden.